

**165. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 22.10. 2015**

Antrag Nr 5/2015

Die 165 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordert das Innerministerium auf, die geplante Einrichtung von Asylquartiere für alle Flüchtlinge in allen Gemeinden wirklich durchzusetzen.

Begründung:

"In Europa und leider auch in Österreich gibt es eine Gruppe von Menschen, für die scheinbar fundamentale Menschenrechte nicht gelten. Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen." Erich Fenninger, Direktor der Volkshilfe Österreich.

Alle Hilfsorganisationen wie Caritas, Diakonie, Arbeiter-Samariter-Bund, Kinderfreunden, Hilfswerk und Österreichischem Roten Kreuz, unterstützen und bieten Flüchtlingen Schutz an. Empörte, engagierte, menschenrechtlich orientierte Menschen setzen sich für die Flüchtlinge ein, und unterstützen sie nicht nur mit Nahrung und notwendigen Grundgütern, sondern bieten ihnen auch Unterkünfte an. Eigentlich haben meisten Gemeinden bisher eine unterschiedliche Vorstellung von einer fairen Aufteilung. Sie waren nicht bereit Asylwerbern Asylquartiere zu geben. Daher muss das Innenministerium ohne Zustimmung von Gemeinden oder Ländern drei Gemeinden zwingen Asylquartiere für die Flüchtlinge einzurichten, weitere 15 sollen bald ebenso betroffen sein.

Die Asylwerber befinden sich auch in der Zelten. 200 Flüchtlinge sind in der Zelt im Bezirk St. Veit (Karten). Das ist in der Kälte untragbar. 150 Flüchtlinge sollen in geplanten Container wohnen.

Der Bürgermeister Johann Huber (FPÖ) war bisher gegen die Einrichtung eines Verteilerzentrums für 120 Asylwerber, informiert das Innenministerium. Er begründet seine Aktion keine Flüchtlinge aufnehmen zu wollen folgendermaßen: Es muss „In Sachen Brandschutz, Sicherheit, und Gesundheit noch einiges getan werden, bis jemand einziehen kann“. Begründungen wie diese sind in der momentanen Situation inakzeptabel. Das Innenministerium muss dabei bleiben, dass die geplante Einrichtung von Asylquartiere für alle Flüchtlinge in aller Gemeinde ab sofort gilt.